

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

9.1.1922 (No. 7)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptschri-  
fteiler  
C. U m e n d.  
Druck  
und Verlag  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 60 P. — Anzeigengebühr: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenschein gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beirichtung und Konturveränderung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Bei den meisten Berufen hat sich das bisherige verhältnismäßig günstige Bild nicht verändert, doch hat sich die Lage in den von der Bitterung abhängigen Berufen im Laufe der Berichtswache verschlechtert. Dementsprechend war die Vermittlungstätigkeit bei den landwirtschaftlichen Fachabteilungen im ganzen unbedeutend. Eingehen zeigen Metall- und Maschinenindustrie nach wie vor Bedarf an Elektromonteurinnen und Unterwieldern, Blechnern und Installateuren, sowie Facharbeitern für die Heizungsindustrie und Kupferschmieden. Die Gabelmetallwarenfabrikation arbeitet in der Hauptsache flott, ebenso die Spinnstoffindustrie und im allgemeinen auch das Holz- und Schnitstoffgewerbe. Eingehen kann im Nahrungsmittelgewerbe immer noch nicht von einer Besserung gesprochen werden. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe scheint die bisher sehr erhebliche Nachfrage nach Kräften etwas nachzulassen. Im Baugewerbe hat mit der schlechten Bitterung gegen Ende der Berichtswache Zugang von Arbeitsuchenden, namentlich von Bauarbeitern, eingesetzt. Die Nachfrage nach tüchtigem männlichen Büro- und Verkaufspersonal aus der Eisenbranche, ferner nach Buchhaltern und Korrespondenten aus verschiedenen Branchen und nach Stenotypistinnen hat angehalten. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe blieb der Bedarf an Kellnern ziemlich gering. Stöße konnten leichter Stelle finden; ausgesprochen lebhaft Nachfrage bestand aber nach weiblichem Küchenpersonal.

#### \* Cannes.

Wer die reaktionäre Presse in den letzten Tagen gelesen hat, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß es dieser Presse eigentlich ganz recht gewesen wäre, wenn die Konferenz in Cannes einen glatten Mißerfolg gezeitigt u. damit das Kabinett Birth vor eine neue, schwere Krisis gestellt hätte. Es ist nicht etwa Mangel an Vaterlandsliebe, der solches Tun verschuldet, sondern allein der blinde Haß, der so stark ist, daß er diese Blätter unempfindlich macht für die Sprache der Tatsachen. Selbst wenn Dr. Birth uns das Tausendjährige Reich des Friedens und der Glückseligkeit beschreiben wollte, würde er von dieser Seite aus innerpolitischen Gründen weiter bekämpft werden. Und nur eines könnte diese Blätter verführen, wenn die Vorlesung es so wollte, daß der Reichskanzler stolpern oder stürzen würde. Was alle Welt als einen Sieg der Vernunft und als einen Erfolg der klugen Außenpolitik des Reichskanzlers und seines Beraters Dr. Mathenau auffaßt, erscheint in den Augen der Reaktion auch heute noch als eine höchst verächtliche Sache. Und wenn auch die Tafel reich gedeckt ist und, im Vergleich zu der früheren Zeit, recht annehmbare Portionen aufweist, so wird ein waschechter Reaktionär noch immer darüber zu räsonnieren haben, daß nicht auch der Kaviar auf dem Tische steht, und er wird dem, der die oberste Verantwortung zu tragen hat, allein aus diesem Mangel einen das Ganze betreffenden Vorwurf machen. Es gibt auch heute noch verdrehte Volksgenossen genug, die da meinen, die Entente müsse eigentlich unter der Führung von Briand und Hoch im Bratenrode der Demut vor uns hintreten, uns alle Zahlungsverpflichtungen erlassen, uns alle genommenen Gebiete zurückgeben, uns Rohstoffe und Kredit förmlich aufdrängen und uns versichern, daß einzig und allein die Entente schuld am Ausbruch des Weltkrieges sei. Wenn aber statt dessen die Entente verlangt, daß wir angesichts der geplanten Erleichterungen auch gewisse Garantien geben sollen, und wenn Lloyd George erklärt, daß seine Politik keineswegs aus dem Gefühl der Liebe zum deutschen Volke entspringe, sondern lediglich aus den Erwägungen der Vernunft und der Gerechtigkeit, so ist das diesen Leuten schon wieder ein Anlaß zum Mörgeln und Kritzieren. Daß es die soziale Schicht, der sie selbst angehören, gewesen ist, der wir es zu verdanken haben, daß überhaupt derartige Erwägungen wie die in Cannes stattfinden müssen, haben sie völlig vergessen.

Wir meinen, daß jeder, der über das bisherige Ergebnis der Konferenz von Cannes redet, die Pflicht haben sollte, die Konferenz im Zusammenhang der Gesamtentwicklung zu betrachten, sie zu vergleichen mit dem, was bisher üblich gewesen ist, und wer dann noch nicht den Fortschritt gegenüber dem Einst erkennt, der ist dann wohl überhaupt nicht geistig imstande,

Unterschiede wahrzunehmen, und scheidet sonach bei einer Erörterung unter verständigen Menschen aus. Will er aber aus Haß die Dinge nicht so sehen, wie sie wirklich liegen, so folle er erst recht aus einem Zimmer verbannt sein, in welchem ehrlich um des Vaterlandes Zukunft gerungen wird.

Daß das, was bisher in Cannes beschlossen oder in Aussicht genommen wurde, noch keineswegs allen Ansprüchen genügt, ist selbstverständlich; und auch das offenkundige Entgegenkommen wird noch geprüft werden müssen, da man daran einige Bedingungen knüpft, die absurd sind. Es ist absurd, zu verlangen, daß wir den Papiergeldumlauf verringern und gleichzeitig den Kohlenpreis bis zum Weltmarktpreis der Kohle erhöhen sollen; denn eine derartige Erhöhung des Kohlenpreises würde eine neue erhebliche Verteuerung der Lebensmittel und damit neue Gehalts- und Lohnaufbesserungen mit sich bringen. Der Notwendigkeit solcher Aufbesserungen können wir aber nach Lage der Dinge einstweilen nur durch stärkere Inanspruchnahme der Notenpresse gerecht werden.

Man wird also auch über dieses u. jenes, so vor allem auch über die Frage, wie viel wir in diesem Jahre faktisch zahlen können, verhandeln müssen; und da bedeutet es sicherlich einen neuen, höchst erfreulichen Sieg der Vernunft, daß die Entente offiziell Vertreter der deutschen Reichsregierung zur mündlichen Besprechung nach Cannes eingeladen hat.

Ganz sicherlich wird das, was schließlich bei der Konferenz in Cannes für uns herauskommen wird, noch nicht die beste und letzte Lösung sein. Aber wir werden zweifellos ein bißchen freier atmen können. Bis her hat sich die Politik Lloyd Georges — die einzige, die den Wiederaufbau Europas ermöglicht — auf der Konferenz in Cannes siegreich durchgesetzt. Und wenn nicht neue, überraschende Wendungen eintreten, wird auch Frankreich immer bewußter und immer entschiedener in das Fahrwasser dieser Politik einlenken müssen.

Diese Politik läßt sich charakterisieren durch folgende Stichworte: Wiederaufbau Europas auf wirtschaftlicher Grundlage im Geiste der Vernunft, des Friedens und der Versöhnlichkeit, Ablehnung einer Politik der Drohungen und Sanktionen, Hinzuziehung aller europäischen Staaten zur Arbeit des Wiederaufbaues, billige Berücksichtigung der besonderen Lage des einzelnen Staates, Beschränkung der Rüstungen und der militärischen Aktionen, militärisches Bündnis zwischen England und Frankreich, um die Angst des französischen Spießbürgers vor einer „deutschen Revanche“ zu bannen, und im Zusammenhang mit diesem Bündnis Zurückziehung der Besatzungsarmeen unter militärischer Neutralisierung des Rheinlandes, Forderung von gewissen Garantien von Deutschland und Rußland, zugleich aber auch Anerkennung der vollen Souveränität und Integrität dieser beiden Mächte. Wir glauben sagen zu dürfen, daß, wenn sich dieses Programm in seinen Grundzügen verwirklichen läßt, Deutschland damit zufriedener sein kann. Besseres vermag uns das Schicksal zurzeit nicht zu bieten!

Die wichtigsten Meldungen über die Vorgänge in Cannes geben wir im Nachstehenden wieder:

Cannes, 7. Jan. (Reuter.) Die Konferenz beschloß, Deutschland zu noch festzusetzenden Bedingungen für einen Teil seiner Ratenzahlungen Aufschub zu gewähren.

Berlin, 8. Jan. Vormittags 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als dem Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Übermittlung an die deutsche Reichsregierung überfandte: „Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche (vom 8. bis 15. Januar) zu hören. Am Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und dort sich bereit halten, um unserem Rufe zu folgen.“

Berlin, 9. Jan. Das Reichskabinett hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten und eine Delegation zu entsenden, die unter der politischen Führung des Wiederaufbaueministers a. D. Mathenau stehen soll. Zu der Delegation gehören: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Fritsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, der Vorsitzende der Kriegskostenkommission, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Mertins.

London, 8. Jan. Ein Reuter-Berichterstatter aus Cannes meldet, daß eine scheinbar nicht klar zu sein, daß trotz der vorherigen optimistischen Mitteilung ein endgültiger Beschluß bezüglich der deutschen Bezahlungen nicht erzielt worden sei.

Cannes, 8. Jan. Wie der Sonderberichterstatter der Havas meldet, bezog sich bei der Zusammenkunft der mit der Überprüfung der Reparationsfrage beauftragten alliierten Minister am gestrigen Vormittag die Debatte fast ausschließlich auf den englischen Vorschlag, nach welchem Deutschland für die Zahlung des Jahres 1922 Aufschub, Frankreich dagegen seinen vollen Anteil mit Hilfe des Wiesbadener Abkommens erhalten solle. Die englischen Delegierten hätten auf den Rückschlag der Wirtschaftslage bei der gesamten Welt hingewiesen, der sich auch in Deutschland fühlbar mache. Im Jahre 1921, so hätten die englischen Vertreter ausgeführt, als das Zahlungsstatut vom 6. Mai aufgestellt worden sei, hätte die jetzige Krisis nicht bestanden, man hätte mit dem Wachsen der Geschäftstätigkeit gerechnet, wodurch Deutschland instandgesetzt worden wäre, seine Schuld innerhalb der gesetzten Fristen völlig abzutragen. Seitdem aber sei die Ausfuhr der ganzen Welt beträchtlich zurückgegangen und zwar um 50 Prozent, was insbesondere auf Deutschland zutreffe, dessen Zahlungsfähigkeit also durch diese außergewöhnlichen Umstände erheblich beschränkt sei. Allerdings hätte Deutschland Maßnahmen ergreifen können, um diesen Mangel an Einnahmequellen zum mindesten teilweise auszugleichen; das habe es nicht verstanden oder nicht gewollt. Die Alliierten forderten also heute mit Recht, daß es sich von Irrtümern seiner fiskalischen Politik abwende, deshalb sei es im Augenblick, wo die englische Regierung einen Aufschub für Bezahlungen vorschlägt, von Wichtigkeit, diesen Aufschub Deutschland nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewähren, daß es künftig unter internationaler Kontrolle eine vorsichtigeren Finanzpolitik treibe. Bekanntlich handelte es sich insbesondere darum, einmal die Vollmachten des Garantiefomitees zu erweitern und dann von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papiergeldumlauf einschränke, ihr Budget ernstlich ins Gleichgewicht bringe. Es handle sich jetzt nur noch darum, Einzelheiten dieser Garantien zu bestimmen.

Der Verzicht Englands auf die ihm für das Jahr 1922 als Reparation zustehenden Summen, so fährt der Berichterstatter fort, siehe nach wie vor fest. Von diesen 500 Millionen Goldmark verlange England nur die etwa 60 oder 70 Millionen betragende Summe seines Anteils an der 50prozentigen deutschen Exportabgabe. Zu diesen 60-70 Millionen kämen alsdann noch etwa 500 Millionen für die Besatzungskosten. Es sei alsdann noch die Summe festzusetzen, die man von Deutschland für das Jahr 1922 fordern werde. Der englische Plan sehe nur 500 Millionen Goldmark vor, wovon die Hälfte Belgien zugesprochen werden solle. Die belgischen Minister seien aber, unterstützt von ihren französischen Kollegen, der Ansicht, daß Deutschland in Gold eine etwa um das Doppelte höhere Summe bezahlen könne.

Cannes, 7. Jan. „Havas berichtet: In gut informierten Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß England auf die von den deutschen Zahlungen ihm zustehenden 450 Millionen Goldmark im Jahre 1922 verzichten wolle. Dadurch werde erreicht, daß Frankreich auf keines seiner Rechte zu verzichten brauche.“

Paris, 8. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ berichtet, Louchere habe gestern abend erklärt, niemand hätte nach Beendigung des Krieges voraussehen können, daß ein solches Chaos entstehen würde, wie es heute festzustellen sei. Die Beeinträchtigung des Handels nach dem Kriege sei schrecklich. Der gesamte Umfang der Ausfuhr der Röhren habe sich in beunruhigender Weise vermindert. Auch Deutschland sei unter den Röhren, die in ihrem Handel beeinträchtigt seien. Man dürfe sich also nicht wundern, wenn das Deutsche Reich seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, die man im Jahre 1919 ihm auferlegt habe. Minister Louchere habe hinzugefügt, Frankreich brauche die Reparationszahlungen. Es wolle und werde sie haben. Der Berichterstatter bemerkt, es schein nach wie vor schwierig, diese beiden Erklärungen Loucheres mit einander in Einklang zu bringen.

Paris, 9. Jan. Die Agentur Havas verbreitet folgende aus London datierte Meldung: Wie aus Cannes berichtet wird, haben zwischen Lloyd George und Briand Besprechungen über ein englisch-französisches Abkommen zur Sicherung des europäischen Friedens begonnen, durch das Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffs der militärische Beistand Englands zugesichert wird.

Paris, 8. Jan. Wie der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ aus Cannes meldet, ergaben sich bei den Verhandlungen über einen englisch-französischen Defensivvertrag, über die eine Havasmeldung aus London berichtet, Schwierigkeiten, man dürfe sich in Frankreich keinem übertriebenen Optimismus hingeben.

Paris, 7. Jan. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur meldet aus Cannes: Die alliierten Minister, die in Paris die Grundlagen für ein Konföderation geschaffen haben, das an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas arbeiten soll, werden heute nachmittags zusammenkommen, um das Programm der europäischen Wirtschaftskonferenz festzulegen.

Washington, 8. Jan. (Reuter.) Wie in hohen amtlichen Kreisen verlautet, sind die Vereinigten Staaten bereit, die Einladung zur Konferenz in Meers im günstigen Sinne in Erwägung zu ziehen.

Rom, 8. Jan. Die Agencia Stefani meldet: Infolge der Beschlüsse des Obersten Rates in Cannes hat die italienische Regierung durch Vermittlung der russischen wirtschaftlichen Delegation Lenin eingeladen, an der Konferenz, die in Cannes stattfinden werde, teilzunehmen.



## Lloyd Georges Rede.

Paris, 6. Jan. Der englische Premierminister führte in seiner großen Rede vom Freitag aus: Diese Konferenz ist wahrscheinlich die wichtigste aller Zeiten, die seit dem Waffenstillstand stattgefunden haben, denn ihre Beschlüsse werden von weittragender Bedeutung sein. Das Schicksal Europas hängt von der Zusammenarbeit der alliierten Mächte ab. Sie müssen die schwere Verantwortung auf sich nehmen, die sich aus dem Zustand der wirtschaftlichen Zerrüttung ergibt, in der viele Gebiete gegenwärtig darniederliegen. Manche Leute behaupten, es sei unmöglich, die Aufgaben in Angriff zu nehmen, ohne die Vereinigten Staaten zu verletzen. Diese Gefahr ist nicht vorhanden, wenn die Konferenz entschlossen ist, an den Bestimmungen des Vertrages nichts zu ändern. Die Eintracht der Alliierten sei für den Frieden unentbehrlich. Um sie zu verwirklichen, ist es nötig, daß die Mächte bereit sind, gegenseitig Opfer zu bringen und daß sie anerkennen, daß eine jede von ihnen soviel wie möglich Opfer gebracht hat. Lloyd George bemerkte hierzu, man dürfe aus der Tatsache, daß das englische Budget im Gleichgewicht sei, nicht schließen, daß England keine Lasten zu tragen habe. Er sagte, nur durch die beträchtliche Höhe der Besteuerung sei dieses Gleichgewicht hergestellt. J. D. sehe das ganze englische Budget allein für Pensionen eine Ausgabe von 10 Millionen Pfund Sterling vor. Es ist eine undankbare Aufgabe, für seine Alliierten Mäßigung zu predigen, wenn es sich um Deutschland und um die Deutschland aufzulegenden Bedingungen handelt. Wer diese Rolle spielt, wird angeklagt, seine Alliierten Deutschland zu opfern. Es ist tatsächlich schwierig, sich von dieser Beschuldigung zu reinigen. In Wirklichkeit ist es notwendig, die Dinge so anzusehen, wie sie sind: Deutschland muß bezahlen bis zum höchsten Grade seiner Leistungsfähigkeit. Das erfordert die Gerechtigkeit. Es ist in allen zivilisierten Ländern ausgemacht, daß der, der einen Schaden angerichtet hat, ihn wieder gut machen muß. Aber wenn das Urteil gesprochen worden ist, so muß man prüfen, in welchem Maße es ausgeführt werden soll. Wenn der Vertreter Großbritanniens dafür eintritt, daß Deutschland nicht zum Bankrott getrieben werden soll, betreibt er keine deutschfeindliche Politik. England hat kein Interesse daran, Deutschland zu schonen. Wenn dieses ruiniert wird, würde England der erste sein, der Vorteil daraus zieht. Wenn England dagegen Mäßigung zeigt, so geschieht das, weil das den allgemeineren und großzügigeren Interessen Europas und der Welt entspricht. Es muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig darniederliegt. Wenn die sozialen Zustände in Deutschland zerrüttet werden, so wird es sich infolge seiner Fähigkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner in viel gefährlicherer Weise für seine Nachbarn erheben als Rußland. Diese Erwägungen haben die britische Regierung trotz der Proteste, die sich in Europa und England erhoben haben, dazu gebracht, sich Vorsicht und Mäßigung zu rufen. Lloyd George erklärte, daß in der Reparationsfrage die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch den Wert seiner Ausfuhrhandels zum Ausdruck komme. Die Alliierten seien erstauut darüber, daß Deutschland trotz seines fortgeschrittenen industriellen Systems und trotz der Produktivität seiner Fabriken so viel Schwierigkeiten habe, seinen Verpflichtungen zu entsprechen. Tatsächlich ist die Lage so, daß die Deutschland benachbarten Länder, mit denen der deutsche Handel die lebhaftesten Beziehungen unterhält, auf industriellen Gebieten zusammengebrochen und von der Handelskarte Europas gestrichen sind.

England hat selbst große Handelsbeziehungen mit Polen, Rußland, Österreich usw. gehabt. Aus diesem Anstauungsdruck ergebe sich die internationale Wohlfahrt der Welt. Unter den gegenwärtigen Umständen leide England unter einem sehr ernstlichen Mangel. Die Arbeitslosigkeit und die den Beschäftigten gewährten Unterzahlungen belasten das britische Budget schwerer, als die den Verwundeten und ehemaligen Kriegsteilnehmern gewährten Pensionen. Belgien leide an dem nämlichen Mangel. Dort unterhalte man im gegenwärtigen Augenblick 120 000 Arbeitslose, ebenso in Italien. Wenn die Lage in Frankreich etwas anders sei, so liege das daran, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine genügend große Anzahl Aufgaben biete, um die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die allgemeine Gesundheit der Welt krank und daß man sich bemühen müsse, sie wiederherzustellen. Wenn diese Aufgabe nicht von den Alliierten übernommen werden würde, wer sollte sie denn übernehmen? Sicher könne die große Republik des Westens besser zu der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt beitragen, als irgend ein anderes Land. Aber es sei nicht angebracht, der Stellungnahme der Vereinigten Staaten vorzugreifen. Es sei von Bedeutung, daß die siegreichen Regierungen des großen Krieges mit Mut ihre Verantwortung auf sich nehmen. Wenn sie es nicht tun, wird die Geschichte sie durch die Stimme der Völker verurteilen.

Gegenüber dem Bolschewismus führte Lloyd George aus, es bestehe ein Vorurteil und man befürchte die Wirkungen der Propaganda, die sich auf dem britischen Gebiet bis nach Indien mit großem Erfolg ausbreitet habe. Aber wenn auch die bolschewistische Propaganda gewisse Gefahren mit sich bringe, so könne ein Mißerfolg in dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt zu einer Katastrophe führen. Man müsse sich entscheiden.

Lloyd George kam hierauf kurz auf die Klagen der Armenier wegen der Massaker in Kleinasien zu sprechen. Diese Tatsache habe gewisse Regierungen jedoch nicht verhindert, Abkommen mit dem Volke abzuschließen, welches für diese Verbrechen verantwortlich sei. Wenn die Frage der Beziehungen zu Regierungen, deren Moral zweifelhaft sei, akut werde, so sei eine entsprechende Maßnahme notwendig. Es sei unmöglich, die Russen zurückzuweisen unter dem Vorwand, daß ihre Hände mit dem Blut unschuldiger Befleckt seien, und die Türken aufzunehmen, denen ähnliche Mittel taten vorgeworfen werden. In ihren Beziehungen zu Kleinasien und Rußland müssen die Alliierten die gleiche Haltung einnehmen. Wenn sie sich in verschiedener Weise verhalten, so würden sie weder in materieller noch in moralischer Beziehung einen Vorteil erzielen.

Um die Welt wieder herzustellen, gebe es nur ein wirksames Mittel: das sei der Frieden. Präsident Millerand habe in einer am 20. Juni 1920 in Vannes abgegebenen Erklärung deutlich die zu beobachtenden Richtlinien angegeben.

Lloyd George erklärte dann, er schlage die Einberufung einer Konferenz vor, auf der alle europäischen Länder vertreten sein würden und deren Aufgabe es sein würde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas zu studieren. Wenn Rußland eingeladen werde, so müsse ihm deutlich gesagt werden, daß man nur mit ihm verhandeln werde, wenn es bereit sei, die Grundfälle zu beachten, die bei den zivilisierten Nationen maßgebend seien, seine Schulden zu bezahlen, die angerichteten Schäden wieder gutzumachen, die beschlagnahmten Güter herauszugeben, gesetzliche Bestimmungen betreffend die Verträge zu treffen und von jeder Propaganda abzusehen, die darauf zielen könnte, die Einrichtungen eines anderen Landes zu stören und endlich seine Nachbarn nicht anzugreifen.

Hierauf verlas Lloyd George den Wortlaut seines Resolutionsentwurfs, worauf der italienische Ministerpräsident Bonomi das Wort ergriff.

Bonomi erklärte, er sei für den Vorschlag der Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. Die Mächte Mittel- und Osteuropas dürfen nicht länger auf wirtschaftlichen Gebieten getrennt von der übrigen Welt bleiben. Rußland gegenüber habe Italien keinerlei Bedenken gegen die Anerkennung seiner gegenwärtigen Regierung. Die innere Organisation dieses Landes ginge nur es selbst an. Indessen dürfe verlangt werden, daß Rußland sich jeder gegen die innere Ordnung anderer Nationen gerichteten Propaganda enthalte. Die italienische Delegation sei infolge dessen für die Bedingungen, die an die Anerkennung der Sowjetregierung geknüpft werden.

Hierauf ergriff der belgische Ministerpräsident Thonnis das Wort und sagte, Belgien stimme der von Lloyd George vorgeschlagenen Resolution zu, wünsche aber, daß die einzelnen Bestimmungen sorgfältig geprüft würden. Belgien erklärte er, sei an der Wiederherstellung Europas ebenso oder noch mehr wie jede andere Nation interessiert. Die Dichtigkeit seiner Bevölkerung sei vier mal so groß wie die Frankreichs. Deshalb müsse Belgien Lebensmittel und andere Waren aus dem Ausland einführen. Vor dem Kriege seien 80 Prozent des belgischen Handels für England und Mitteleuropa bestimmt gewesen. Hierauf liege Belgien ganz besonders unter der gegenwärtigen Krise. Die finanzielle Lage Belgiens werde sich erst an dem Tage bessern, an dem der Stand der Weltkurve in ganz Europa wieder normal geworden sei.

Der japanische Delegierte Graf Ishii sagte, er nähme davon Abstand, eine Ansicht über die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz auszusprechen, an der nur die europäischen Mächte teilnehmen sollten. Indessen werde er später einige Detailbemerkungen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung machen. Als letzter ergriff Ministerpräsident Briand nochmals das Wort und erklärte, er wolle im Augenblick nichts sagen, was von den Rednern über die Reparationsfrage gesagt worden sei. Wenn der Sonderauschuß und die Sachverständigen ihre Berichte fertiggestellt und eine zweimäßige Vorschlagung möglich gemacht haben, werde er die allgemeine Auffassung der französischen Delegation zum Ausdruck bringen. Jetzt werde er sich darauf beschränken, die Frage der internationalen Wirtschaftskonferenz zu prüfen. Er lege Wert darauf, sofort zu sagen, daß die französische Delegation vom ersten Augenblick für diese Idee eingenommen war, dies umsomehr, als er jedesmal, wo sich Gelegenheit dafür geboten habe, erklärt habe, daß für die Beseitigung des auf der Welt lastenden Unbehagens eine gemeinsame große Anstren-

gung sämtlicher Völker vermeidlich sei. Er stimme demnach grundsätzlich voll und ganz dem Vorschlag des englischen Premierministers zu unter dem Vorbehalt, daß die Einzelheiten einer näheren Prüfung unterzogen werden. In dieser Angelegenheit sind wir der Meinung, daß man sich nicht von sentimentalischen Erwägungen leiten lassen solle. Die ersten Interessen der Gegenwart dürfen nicht einem Vorurteil geopfert werden. In dem Augenblicke, wo Lloyd George seine Ansichten über diese Frage entwickelt habe, habe er das Gefühl, daß ein riesiger Stein in seinen Garten gefallen sei, der aber kein Beet zerstört habe. Briand erklärte dann, er möchte bemerken, daß er den Händen (?), die er infolge des Abkommens von Angora gedrückt habe, zuerst in London begegnet sei. (?) Jetzt sei es notwendig, daß man den vor uns liegenden Problemen ins Auge sehe und positive und praktische Lösungen zu erreichen suche. Zudem wir die Initiative eines so ausgedehnten Unternehmens, wie die Wiederherstellung Europas, auf uns nehmen, nehmen wir eine schwere Verantwortung auf uns und erwidern wir in den Völkern Hoffnungen, die nicht ohne Gefahr enttäuscht werden dürfen. Wir müssen Erfolg haben, und zu diesem Zweck müssen wir alle Dispositionen und alle wünschenswerten Vorkehrungen treffen. Deshalb muß die Fühlungnahme mit Rußland von Garantien begleitet sein, die bereits einer meiner Redner gefordert hat. In anderen Fällen würden wir Gefahr laufen, zum Narren gehalten zu werden.

Briand erklärte weiter, er müsse bestätigen, daß die von Lloyd George vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet seien, Frankreich zu befriedigen. Er wünsche lediglich, daß sie heute nachmittag im einzelnen betrachtet werden möchten, daß sie bezüglich gewisser Punkte verbessert und daß sie nach erfolgter Diskussion ergänzt würden. Unter diesem Vorbehalt stimme die französische Delegation dem Vorschlag des britischen Premierministers zu.

Nach der Ansprache Briands wurde die Debatte geschlossen. Der Vorschlag Lloyd Georges wurde im Grundsatze angenommen. Entsprechend dem von Briand ausgesprochenen Wunsche wurde die Prüfung der Modalitäten und Garantien auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Gannes, 6. Jan. In seiner heute nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der Ausschuss der Konferenz folgende Resolution angenommen:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschaft- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bildet. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister einer jeden Nation womöglich in Person an dieser Konferenz teilnehmen sollen, damit den Empfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die Wiederaufnahme des internationalen Handels in ganz Europa sowie die Entwidung der Hilfsquellen aller Länder notwendig sind, um die Menge der im Wirtschaftsleben Tätigen zu vergrößern und die Leiden, denen die Bevölkerung Europas ausgesetzt ist, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der kräftigsten Staaten ist notwendig, um dem europäischen Wirtschaftssystem seine Widerstandskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, die den Handel hemmen. Sie müssen auch auf die Bewilligung von ausgedehnten Krediten an die schwächeren Länder ausgedehnt werden, ebenso auf die Zusammenarbeit aller für die Wiederherstellung normaler Produktionsleistungen. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen Grundbedingungen auf dieser großen Linie die folgenden sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundfälle aufzuerlegen, nach denen sie die Frage des Besitzes, die wirtschaftliche Regelung und die Regelung im Innern ihres Landes vornehmen wollen. Es ist Sache jedes Landes, das System auszuwählen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.
2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die ausländischen Eigentümer dieses Kapitals die Gelegenheit haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geschützt werden, und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.
3. Dieses Gefühl der Sicherheit kann nur wiederhergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nehmen: a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind, und die Verpflichtungen, die aus der Konfiszierung ausländischen Eigentums erwachsen sind,

## Ueber das Zeitalter der Chemie.

Die Technische Hochschule Karlsruhe hatte auf Freitag nachmittag zu einem akademischen Vortrag des Herrn Regierungsrat Professor Dr. F. H. Haber über das Zeitalter der Chemie, seine Leistungen und Aufgaben im Rahmen der Gesamtwissenschaft, der Wirtschaft und des sozialen Lebens, eingeladen.

Professor Haber, der seine glänzende akademische Laufbahn in unserer Vaterstadt begonnen hat, ist gewohnt, seine Forschungen im Zusammenhang mit den größten Problemen der Wissenschaft darzustellen. Auch ist noch, wie einleitend der Rektor der Hochschule, Professor Venoil, bemerkte, in frischer Erinnerung, welche gewaltige Maß von Arbeit und Geist Professor Haber als Direktor des Kaiser Wilhelm-Institutes für physikalische Chemie in Berlin-Dahlem während des Krieges in den Dienst des Vaterlandes stellte. Aber unsere nicht geringen Erwartungen, mit denen wir den Ausführungen Professor Habers entgegenzusehen, wurden durch seinen Vortrag übertraffen, den er gewissermaßen als eine Nachfeier zum 80. Geburtstag seines Lehrers und Vorbildes, Carl Engler, deutete.

In dem vergangenen Zeitalter der Entwicklung der Technik schenkte die Erde unendlich reich an Rohstoffen. Die Tätigkeit der umformenden Industrien, welche auf der Physik beruhen, wurde dadurch vor allem angeregt, und Hand in Hand mit der mächtig sich entwickelnden Chemie, wurden im Volke neue Bedürfnisse erzeugt und befriedigt.

Die ersten Völker zogen auf, als die Geologen die Grenzen der natürlichen Reichthümer an Metallen, Erdöl und anderen Rohstoffen, aufdeckten. Da hatten die Naturwissenschaften die Pflicht, die Rohstofffrage zu lösen zur Befriedigung der Bedürfnisse, die sie letzten Endes selbst gewend.

Während früher nicht viele dies erkennen konnten, trat im Kriege die weltgeschichtliche Führerrolle der Chemie klar zu Tage. Nicht in allem war die Chemie für die gewaltige Aufgabe der Rohstoffbeschaffung reif. Das zeigen die Bemühungen, so manchen „Ersatzstoff“ wieder durch die alten Rohstoffe zu ersetzen.

Heute ist Frieden. Aber die goldenen Zeiten der Volkswirtschaft sind nicht zurückgekehrt. Der Osten ist uns verschlossen, der Weg zu den Tropen versperrt. Wie nach den Napoleonischen Kriegen die erste wirtschaftliche Blüte auch erst nach einem halben Jahrhundert wiederkehrte, schreitet heute, für den nächsten Beobachter erkennbar, die Gefährdung unserer Wirtschaft hoffnungslos langsam voran, weil wir der Kluge des selbstberaumten Auslandes fern sollen.

Unseren einzigen ungeschmäleren Besitz, unsere Arbeitskraft zu entwickeln, den Reichtum unserer Arbeitsstunde zu erhöhen durch neues Wissen und neues Können, sofern die Verusche der Arbeitswissenschaft zur bewußten systematischen Neuordnung unseres wirtschaftlichen Lebens beitragen, das ist die Aufgabe der Stunde.

Wie einst im Zeitalter der klassischen Chemie die Herrschaft des Menschen über die unbelebte Natur aufgerichtet wurde, als die organische Chemie auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln als es die Natur vollbringt, die Fette, Zucker, Eiweiß und Gärstoffe, die Pflanzenfarbstoffe nach ihrem Wesen erkannte und weitgehend künstlich aufbaute, so gilt es künftig die belebte Natur meistern zu helfen durch die Biochemie.

Der erste Schritt wird die Erkenntnis der Natur der Elemente sein müssen, die hundertfältig in der Natur den Aufbau und Abbau der pflanzlichen und tierischen Stoffe bewirken, die wir wohl aus den lebenden Zellen gewinnen und sogar technisch verwerten, aber nicht künstlich herstellen können. Hierbei erhofft Haber große Fortschritte von der Kolloidchemie.

Die belebte Natur unter unsere Herrschaft bringen, heißt künstliche Nahrung und Kleidung schaffen. Auch darin sind die feitherigen Leistungen der Chemie gewaltig. Hierzu ist der Segen ist, der über unsere Fehler strömt, als der natürliche und künstliche Salpeter, das Ammoniak der Koteleiten, der Kaliumsalz aus Kali, Kohle und Luftstickstoff und zuletzt das Ammoniak des technisch am wirtschaftlichsten arbeitenden Haber-Bosch'schen Verfahrens in unsere Äcker kamen, zugleich mit dem uns reich besicherten Kali, mit Phosphaten, Thomasmehl und Superphosphat — auch bei der

künstlichen Düngung tut Fortschritt not. Wohl sind wir hinsichtlich des Stickstoffbinders unabhängig vom Auslande, nicht aber mit den Phosphaten.

Die Pflanze vermag in ihrem Zeitmaß den Stickstoff der Luft zu binden, die Phosphate des Bodens zu lösen durch biologische Vorgänge. Hier nachzubilden, zu beschleunigen, den Ertrag zu steigern, bemühen wir uns noch nicht. Hier scheint die Kulturchemie einen gewaltigen Fortschritt von der Kolloidchemie zu erwarten. Auch die Kaiserstoffe unserer Kleidung widerstanden bis jetzt der Kunst des synthetischen Chemikers. Erst die Verwendung der Röntgenstrahlen zur Lösung chemischer Probleme hat ihre Struktur als wohlgeordneten Verband der Moleküle erwiesen. So läßt hier dieses neue physikalische Hilfsmittel, ähnlich wie die Kenntnis der Radioaktivität bei der Erforschung des Atombaus neue Fortschritte erhoffen.

Während sich die synthetische Kunst der organischen Chemie, ebenso wie die Kunst der physikalischen Chemie am fürmerender Kraft verarmen, erscheinen Biochemie, Kolloidchemie und Lehre vom Atombau, als drei neue Sterne am Himmel der Chemie.

Der Krieg hat diese Entwicklung gehemmt. Wir brauchen eine Frist, bis die Chemie mit diesen neuen Mitteln wie ein Gar oft den Reichtum unserer Arbeitsstunde erhöht, und uns neue Gebiete durch friedliche Arbeit erobern läßt, vielleicht im Osten, aber im Zusammenwirken mit den friedlichen Mächten der ganzen Welt. Aber es gilt die Mahnung: Vergesse nicht, die Ihr auf dem Markte die mächtigen Worte sprach, daß Ihr die Welt nur verwaltet, in der die Naturwissenschaft regiert.

Wie zu erwarten war, konnte die große Aula in der Englerstraße die Zahl derjenigen nicht fassen, die hergeströmt waren, um den Worten eines berühmten Vorkämpfers der Chemie zu lauschen, eines Vorkämpfers derjenigen Wissenschaft, die insbesondere während des Weltkrieges mit in den Mittelpunkt des Interesses der Gebildeten eingetreten ist.

Wir freuen uns schließlich noch feststellen zu können, daß der Vortrag des Vortrages für die Studentenhilfe der Feibleriana Verwendung finden wird.

Carl Pfeiffer.



...erkennen, b) ein gesetzliches und juristisches System ein-  
zuführen, durch das die unparteiische Ausführung aller San-  
dels- und sonstigen Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel ver-  
fügen. Allgemein gesprochen, müssen bezüglich des Finanz-  
und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel ge-  
nügliche Sicherheiten bieten.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propa-  
ganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung oder das poli-  
tische System eines anderen Landes benachteiligt.

6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich  
nehmen, von jedem Angriff auf ihren Nachbarn abzusehen.

Wenn zu dem Zwecke, die für die Entwicklung des Handels  
und der Industrie in Ausland notwendigen Bedingungen zu  
sichern, die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung  
fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung  
ausprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten  
Verpflichtungen übernimmt.

Paris, 6. Jan. Als Symptom für den Stimmungsum-  
schwung, der sich in Frankreich anzubahnen scheint, kommt  
dem heutigen Leitartikel des „Temps“ besondere Bedeutung  
zu. Das Blatt, das heute von der französischen Regierung  
zur Darlegung und Begründung ihrer Politik benutzt wird,  
stellt vier Grundsätze auf, von deren Durchsetzung es die Lö-  
sung der schwebenden europäischen Probleme abhängig glaubt.

1. Das Problem der Reparationen und das des wirtschaftlichen  
Wiederaufbaues Europas ist ein untrennbares Ganzes. Die  
Prosperität Europas kann nicht wiederhergestellt werden, wenn  
nicht die deutschen Zahlungen durch eine dauerhafte, durchführ-  
bare und von der Gegenseite mit gutem Willen ausgeführte  
Vereinbarung geregelt werden. Von dieser Regelung hänge  
nicht nur die finanzielle Situation Deutschlands, sondern auch  
die seiner Gläubiger ab. Solange die deutschen Zahlungs-  
verpflichtungen der Gefahr der periodisch wiederkehrenden Krisen  
sein, könne von einer Stabilisierung der kommerziellen  
Bedingungen Europas nicht die Rede sein.

2. Eine Verständigung über die Regelung der deutschen Zah-  
lungsverpflichtungen für das Jahr 1922 ist nur möglich nach  
Klärung der Kompetenzfragen. Sie ist außerdem an das  
Vorhandensein eines Generalprogramms für die Abtragung  
der deutschen Schuld geknüpft. Es geht nicht an, daß gleich-  
zeitig der Oberste Rat in Cannes und die Reparationskommissi-  
on in Paris mit der Frage beschäftigt würden. Andererseits  
sei die Einigung über ein Provisorium für 1922 erwünscht,  
wenn man nicht wenigstens eine Vorstellung darüber habe,  
was in den nächsten Jahren geschehen soll. In Ermangelung  
eines Generalplanes hätten die jetzigen Verhandlungen weit  
weniger den Anschein eines Verfaltes, ein System zur Wieder-  
herstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit ausfindig zu ma-  
chen, als vielmehr von Vermittlungen, Deutschland vor seinem  
Zusammenbruch nach einer letzten Zahlung zu entreißen. Die  
öffentliche Meinung der beteiligten Länder würde viel tole-  
ranter und entgegenkommender sein, wenn sie Gemäßheit  
hätte, daß mit den Konzessionen von heute Garantien für die  
Zukunft geschaffen würden.

3. Die Aufstellung eines neuen Reparationsprogrammes  
muß notwendig Hand in Hand gehen mit einer großzügigen  
Kreditoperation. Frankreich, Belgien, Italien und nicht min-  
der Deutschland selbst bedürfen in den nächsten Jahren grö-  
ßerer Hilfsmittel. Wenn Deutschland nicht den Weg öster-  
reichs gehen wolle, dann sei die Aufnahme einer größeren An-  
leihe im Ausland das einzige Mittel, dies zu verhindern. Der  
größere Teil davon müsse der Tilgung der Reparationsschuld  
dienen, mit dem Rest könne Deutschland seine eigenen Be-  
dürfnisse befriedigen.

4. Eine solche Kreditoperation wird nicht gelingen, wenn wir  
nicht eine Verständigung über die Schulden der Alliierten  
untereinander und eine politische Entspannung zwischen  
Deutschland und Frankreich voraussetzen. Einzig und allein  
die Enttarnung oder der völlige Nachlaß der Verpflichtungen  
zwischen den Alliierten würde deren Kredit wieder herstellen  
und nur ein Arrangement dieser Art würde eine Herabsetzung  
der deutschen Schuld möglich erscheinen lassen. England hat  
diese Notwendigkeit bereits seit langem erkannt und die Hoff-  
nung geheime an Boden, daß Amerika ihm auf diesem Wege  
folgen werde. Auf der anderen Seite werde ein Deutschland,  
das in ständigem Unfrieden mit Frankreich lebe, nirgends in  
der Welt Geldgeber finden. Um eine Entspannung zwischen  
den beiden Ländern herbeizuführen, müßten zunächst England  
und Frankreich sich gegenseitig ihre Sicherheit gegen einen  
eventuellen deutschen Angriff garantieren, sobald aber müßte  
Deutschland diesem Vertrag beitreten, mit dem es sich bereit-  
willig zur militärischen Neutralisierung des Rheinlandes ver-  
pflichtete gegen Zusage der völligen Unabhängigkeit und  
Integrität des Reiches. („Zeit. Bg.“)

## Zur Regierungsbildung in Hessen.

Von ihrem Darmstädter Mitarbeiter wird der Reichsfor-  
spondenz „Nord-Süd“ geschrieben:

Der am 27. November 1921 neu gewählte Landtag hat  
nach schwierigen Verhandlungen am 20. Dezember 1921  
durch die Wahl des Abgeordneten Ulrich zum Staats-  
präsidenten und durch dessen Bekanntgabe die Ministerliste  
die Regierung gebildet. Nach dieser Wahl wird die hessische  
Regierung in Zukunft bestehen aus: dem Abg. Ulrich  
(Soz.), der das Amt des Staatspräsidenten erhalten  
hat und dem das Landesamt für das Bildungs-  
wesen unterstellt wurde; dem Abg. von Brentano (Str.),  
der das Ministerium des Inneren und Vertretungs-  
weise auch das Ministerium der Justiz übernommen  
hat; dem Abg. Heinrich (Dem.), der das Portefeuille des  
Finanzministers erhalten hat und dem Abg. Raab  
(Soz.), dem die Leitung des Ministeriums für Ar-  
beit und Wirtschaft übertragen wurde und dem auch  
das bisherige selbständige Landes-Ernährungsamt  
als eine Ministerialabteilung unterstellt wurde.

Wie von weiten Kreisen im Parlament und darüber hinaus  
wohl von der Mehrzahl der hessischen politischen Bevölkerung  
erwartet wurde, ist eine Verbreiterung der Regie-  
rung durch die Bildung dieser Regierung nicht erfolgt.  
Es bildet kein Geheimnis, daß bei den diesmaligen Verhand-  
lungen das Zentrum mit seinen 18 Abgeordneten eine füh-  
rende Rolle gespielt hat, indem auch die Zentrumsfraktion  
sich für eine Verbreiterung der Regierung durch Ein-  
ziehung entweder der Fraktion des Bauernbundes  
(mit 11 Sitzen) oder der Deutschen Volkspartei (mit  
10 Sitzen) einsetzte. Die demokratische Fraktion,  
die im verflochtenen Landtag 18 Sitze besaß und mit nur  
6 Mandaten aus der Wahl hervorging, hat sich nach diesem  
ungünstigen Wahlergebnis zunächst dahingehend erklärt, daß  
sie sich überhaupt an keiner Regierungsbildung beteiligen  
werde, da das Wort des hessischen Volkes gegen sie gewesen  
sei und deshalb auch andere politische Fraktionen, die einen  
größeren Anhang durch den Wahlausfall zu verzeichnen  
hätten, die Verantwortung für die Regierung mit zu übernehmen  
hätten. Da die sozialdemokratische Partei mit 24 Mandaten  
und das Zentrum mit 18 Mandaten nur gerade eine Mehrheit  
gegenüber einer Abgeordnetenzahl von 70 besitzen, waren diese  
Parteien darauf angewiesen, weitere politische Parteien in die  
Regierung einzubeziehen. Die sozialdemokratische Partei hat  
sich in den Verhandlungen über die Regierungsbildung gegen  
jede Heranziehung einer Rechtspartei ausgesprochen; mit die-  
ser grundsätzlichen Stellungnahme waren naturgemäß erheb-  
liche Schwierigkeiten in dem Zustandekommen einer tragfähi-  
gen Regierung verbunden. Nachdem sich schließlich die demo-  
kratische Partei mit ihren 5 Sitzen doch hat bereit erklären  
lassen, wieder in die Regierung einzutreten, war mit den 42  
Sitzen eine Mehrheit für die von den Parteiführern in Aus-  
sicht genommene Verteilung der Regierungssitze gegeben.

Allerdings ist bei dieser Regierungsbildung das Justiz-  
ministerium noch unbesetzt geblieben mit der Absicht, die-  
ses Ministerium gegebenenfalls einer weiteren Partei zuzu-  
kommen zu lassen, falls sich demnächst noch eine Einigung über  
die Verbreiterung ergeben sollte. Die Lösung der Frage der  
Regierungsbildung ist in der vollzogenen Weise keinesfalls  
befriedigend. In dem ersten Landtag war die Regierung auf  
4 Minister und 4 Präsidenten von Landesämtern gestützt, je-  
doch dieses Kabinett von 8 Köpfen war ein ewiger Anlaß zu  
Veranlassungen, da wir in Hessen vor dem 9. November 1918  
nur 3 Minister hatten. Wenn das neue Kabinett 4 und bei  
einer Neubestellung des Ministeriums der Justiz, 5 Minister  
haben wird, so wird auch in Zukunft diese allzu starke Zahl der  
regierenden Minister wiederum die gleiche Veranlassung zu  
Veranlassungen geben, zumal in den anderen süddeutschen  
Staaten, die wesentlich größer sind, nicht mehr Minister zur  
Leitung der Staaten berufen sind.

Hierzu kommt weiter, daß die Präsidenten des Landesamtes  
für das Bildungswesen und des Landes-Ernährungsamtes,  
die bisher als Parteimänner Sitz und Stimme im Kabinett  
hatten, nunmehr als Leiter der Abteilung innerhalb der Mi-  
nisterien die Eigenschaft als Beamte erhalten haben, wo-  
durch auch in weiten Kreisen der Bevölkerung mißbilligendes  
Erfahren zum Ausdruck gekommen ist. Der Ministerialdirek-  
tor im Landesamt für das Bildungswesen, Abgeordneter Ur-  
stadt (Demokrat), ist nach dem Übertritt des Präsidenten Dr.  
Sireder von der demokratischen Partei zur sozialdemokrati-  
schen Partei, zunächst nur auf Widerruf auf diesen Posten be-  
rufen worden. Nach der nunmehr getroffenen Regelung  
bleibt er an dieser Stelle, obwohl er nach sachlicher Auffassung  
nach seiner Richtung irgend wie eine Eignetheit für die Lei-  
tung dieses umfangreichen Amtes hat. Der bisherige Präsi-  
dent des Landes-Ernährungsamtes, Nebel (Zentrum), er-  
hielt die Leitung der Abteilung für Ernährung und Landwirt-  
schaft innerhalb des Wirtschaftsministeriums; er wird Beam-  
ter, obwohl er nach seinem Bildungsgang auch hierzu nicht die  
entsprechende Befähigung hat.

Man lebt in Hessen der Auffassung, daß die Zusammen-  
setzung dieser Regierung nach dem Wahlausfall feing-  
dau ernde bleiben wird, so daß wir in absehbarer Zeit mit  
einem Wechsel der Regierung zu rechnen haben, zumal auch  
die Verhältnisse bei der Regierungsbildung im Reich bei den  
etwa gleichgelagerten Verhältnissen in unserem Lande, nicht  
ohne Einfluß auf Hessen sein können.

## Badische Uebersicht.

### Allgemeine Verurteilung der Schwarz- brenner.

Im „Seeboten“ in Überlingen ist zu lesen: b) Aus Bren-  
nerkreisen wird uns geschrieben: Das rücksichtslose Verhalten  
der Schwarzbrenner in Mittelbaden ruft in den höchsten  
Obst- und Kleinbrennerkreisen starke Empörung hervor. Wäh-  
rend bei uns am See kaum einige Pfund Zucker für die  
Haushaltung erhältlich sind, werden dort tausende von Zentner  
Zucker und Süßholz durch Schwarzbrenner vergeudet. Die  
Obst- und Kleinbrenner am See lehnen jede Gemeinschaft mit  
jenen Volksverbrechern ab, und fordern von der Regierung  
strengstes Vorgehen gegen jene, die dadurch alle Berufsfolle-  
gen in schlechten Ruf bringen.

### Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Karl Gieseler, der erste Bassist der Oper des hiesigen  
Landestheaters, ist Samstag früh an den Folgen einer Grip-  
peerkrankung gestorben. Gieseler stand im 52. Lebensjahr. Er  
war vor einiger Zeit an der Grippe erkrankt und schon auf dem  
Wage der Genesung, so daß er hoffte, in etwa 14 Tagen wie-  
der aufzutreten zu können, als nun unerwartet eine Herzschwäche  
seinem Leben ein Ziel setzte. Unser Landestheater erleidet  
durch den Hinschied seines ersten Bassisten einen schweren  
Verlust. Gieseler erkrankte sich als Mensch und Berufsgenosse  
allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit.

## Staatsanzeiger.

### Das bolivianische Generalkonsulat betr.

Dem zum bolivianischen Generalkonsul für das Deutsche  
Reich ernannten Herrn Gustavo Rios Aribon in Hamburg,  
ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Dem-  
zufolge wird der Genannte zur Ausübung konsularischer Be-  
fugnisse in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1922.  
Badisches Staatsministerium,  
Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und aus-  
wärtige Angelegenheiten.

### Die Apotheke in Denzlingen betr.

Dem Apotheker Dr. Hermann Daefflein von Dühl wurde,  
die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen  
Apotheke in Denzlingen verliehen.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1921.  
Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. B. Arnspurger. Braun.

### Die 40. Münchener Pferdelotterie betr.

Dem Bayerischen Pferdezüchterein e. V. in München wurde  
die Erlaubnis zum Betrieb von 20 000 Losen der von ihm  
veranstalteten 40. Münchener Pferdelotterie — Preis des  
Loses 1.25 M. zuzüglich 25 Pf. Reichsstempelabgabe, Ziehung:  
4. Mai 1922 — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 29. Dezember 1921.  
Badisches Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. B. Dr. A. Jung. Schmidt.

### Die Woblfahrtslotterie für das Deutschtum im Ausland, 2. Reihe betr.

Der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung  
in Berlin wurde die Erlaubnis zum Betrieb von 10 000  
Losen der 2. Reihe der von ihr veranstalteten Geldlotterie  
zugunsten der kulturellen und wirtschaftlichen Förderung des  
Deutschtums im Ausland — Preis des Loses 5 Mark, aus-  
schließlich Reichsstempelabgabe, Ziehung 24.—29. April 1922  
— im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1921.  
Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. B. Dr. A. Jung. Schmidt.

### Die Mannheimer Naimarklotterie betr.

Dem landwirtschaftlichen Bezirksverein Mannheim wird  
die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie anläßlich  
des Mannheimer Naimarkes, bei welcher 4500 Geldgewinne  
im Gesamtbetrag von 52 000 Mark ausgespielt und 50 000  
Lose, das Stück zu 3 Mark ausschließlich Reichsstempelabgabe,  
ausgegeben werden, erteilt. Ziehungstag: 3. Mai 1922.

Karlsruhe, den 4. Januar 1922.  
Ministerium des Innern.  
K e m e l e. Schmidt.

## Landestheater.

### „Die Walküre“.

Vor halbleeren Bänken ging am Sonntag abend im  
Landestheater Baguers „Walküre“ in einer  
Besetzung in Szene, die in sämtlichen Hauptrollen — mit Aus-  
nahme Wötner — neu war. Wiltih Zilke  
gestaltete gefanglich und dastellerisch einen eindrucksvollen  
Siegmund. Er trat vor allem die tragischen Töne dieser  
ersten Heldengestalt nicht allein sinnlich in der tief, oft baro-  
nisch geschriebenen Partie mit seinem dunkel gefärbten Or-  
gan, sondern auch in der ganzen Anlage der Figur in Spiel  
und Auffassung. Umso glänzender und leuchtender kamen  
dann an den dramatischen Höhepunkten die von metallischem  
Glanz überzogenen Stellen heraus. So schuf er starke, wir-  
kungsvolle Kontraste, wodurch sein Siegmund zu plastischer  
Größe heraufwuchs. Eine ebenbürtige Partnerin hatte er  
in Rosa Paul als Sieglinde. Aus ihrer Stimme blühte  
der ganze Zauber dieser in berückendes Melos getauchten  
Partie auf. Wie die Töne schnellend und klängen in allen  
Lagen schwingen und von einer meisterhaften Gesangskunst  
getragen wurden, gewährte hiesiger Genuß. Auf derselben  
künstlerischen Höhe bewegte sich die Darstellung, die mit der  
musikalischen Sprache Hand in Hand ging und von wirklicher  
innerer Anteilnahme zeugte. Ich habe nur eine Bemerkung  
zu machen, die theatralisch wirkte und zwar im 1. Akt, wo sie  
sich mit einem Hechsprung gleichsam schlingend zwischen Hun-  
ding und Siegmund wirft. Diese Stellung kann weiblicher  
und doch zugleich heldisch eingenommen werden. Davon ab-  
gesehen, war ihre Darstellung, vor allem auch in den viktorian-  
erregten Stellen des zweiten Aktes, die der Sieglinde schwere  
Schwermüderische Aufgaben stellen, von erschöpfender Tiefe, wo-  
bei die feinsten Erregungen in feinen, überzogenen Steige-  
rungen herausgearbeitet waren. Die Partie des Hunding,  
den der allzu früh dem Leben entrisse Carl Gieseler so  
oft mit meisterhaftem Können gestaltet, wurde von einem  
Frankfurter Gastschauspieler, mit großer Hinn-  
sicht Kraft und dastellerischer Sicherheit verkörpert. In  
der gefanglichen Darstellung für eine rhythmische Schwer-  
füßigkeit, die ihn jeden Augenblick mit dem Orchester in Kol-

...zu bringen drohte. Wötners Wotan war wieder  
bis zur machtvoll aufragenden Schlusszene eine große, sel-  
tsame Leistung, von hohem künstlerischen Ernst getragen. Das  
schöne, fette, passiose Organ von Paula Weber kam in  
der Frida-Rolle nicht gleichmäßig frei zur Entfaltung; auch  
habe ich die Götterkönigin schon mit größerer Würde und  
Erhabenheit dargestellt gesehen. Eine unanbore Aufgabe  
für den Kritiker ist es, in die Besprechung der Walküre  
einzutreten, die Frau Fracema-Brügelmann erstmals  
übernommen hatte. Diese reife, stimmbegabte Künstlerin  
hatte sich mit anerkanntem Fleiß in das Studium dieser  
schwierigen Partie versetzt, so daß sie gesanglich wie dar-  
stellerisch eine hochachtbare Leistung schuf. Aber darüber hin-  
aus kam sie nicht und — fürchte ich — wird sie auch nicht  
gelangen, selbst dann nicht, wenn sie mit ihrer Partie noch  
unmüde verstanden sein wird. Sie ist eben maj keine hoch-  
dramatische Sängerin im Stil etwa von Frau Lorenz-  
Höllischer, die mit elementarer stimmlicher Gewalt aus einem  
schier unerschöpflichen Fundus eines breit ausströmenden Or-  
gans schöpfen kann. Frau Brügelmann bringt einzelne  
Stellen groß und leuchtend heraus, aber im ganzen vermag  
doch die Stimmkraft, wobei man nicht bezweifeln darf, daß  
Cortolegi das Orchester fast übertrieben abkämpfte. Auch  
dastellerisch blieb sie in einer rein äußerlichen Formung der  
Walküre stehen.

Im Walküren-Ensemble ging es toll zu. Da mangelte jede  
Ausgeglichenheit und Sicherheit.

Hans Lange, der hiesige Leiter, muß sich endlich ein-  
mal von dem gedankenlosen Schematismus freimachen. Nach  
einem stürmischen Vorpiel, dem Walkürenritt, geht der Vor-  
hang auf und 3, 4 Walküren sitzen in sich verfunken, mehr  
wie die Korne, auf den Helsen. Da muß Bewegung auf der  
Bühne herrschen. Dann wieder sind die Bewegungen des  
Speerzwingens zu gleichmäßig. Das Antreten in Linie der  
Walküren beim Auftritt Wotans wirkt militärisch energiegel-  
chend, indem dazu bengalische Belustigung, während der Feuer-  
gänger dann wiederum zu dürrig war. Der Kampf im 2. Akt  
war lahm, das Herablassen der Walküre zu schnell. Da kann  
viel gearbeitet und verbessert werden.

Das Orchester unter Cortolegis temperamentvoller  
und energisch ängelnder Leitung spielte mit hinreichender  
Schönheit. Guigo Koller.



